

Palästina und die Palästinenser

Anmerkungen zu einem schwierigen Thema

I

Für den September 2011 scheint folgendes Szenario nicht unwahrscheinlich: Im UN-Sicherheitsrat steht ein Beschluss zur Abstimmung, der die Aufnahme eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 in die UNO beinhaltet.¹ Nur die USA legen ein Veto ein und Deutschland (als derzeitiges nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat) stimmt dagegen. Daraufhin wird die Resolution in der UN-Generalversammlung eingebracht und erhält dort mehr als drei Viertel der Stimmen.

Wird dieses Szenario endlich den Palästinensern den lang erhofften eigenständigen Staat und der Region den lang ersehnten Frieden bringen? Wohl kaum. Zu befürchten ist eher ein *Dejà-vu*-Erlebnis. Schon einmal, im November 1988, proklamierte der Palästinensische Nationalrat (PNR) – das „Parlament“ der PLO – in Algier einen palästinensischen Staat², der seitdem von mehr als hundert Staaten anerkannt wurde. Diese Unabhängigkeitserklärung sollte jedoch ohne konkrete Folgen für die Palästinenser bleiben, die in den besetzten Gebieten seit Dezember 1987 mit der Ersten Intifada ihren anhaltenden Protest gegen die schon damals zwei Jahrzehnte andauernde israelische Besatzung zum Ausdruck brachten.

Ein zweiter Anlauf zur faktischen Staatsgründung wurde 1998 nur angedacht: Die in den Oslo-Vereinbarungen nach einer Übergangszeit der Autonomie vorgesehenen Verhandlungen über den endgültigen Status der palästinensischen Gebiete kamen nicht zustande. Yassir Arafat drohte mit einer einseitigen Staatsproklamation im Mai 1999 den Oslo-Prozess zu beenden. Um dies zu verhindern, wurde auf dem EU-Gipfeltreffen im März 1999 die sogenannte Berliner Erklärung³ verabschiedet, in der

¹ Zum Problem der Völkerrechtssubjektivität Palästinas und des einzigartigen Status „Palästinas“ in der UNO vgl. im Einzelnen Friedrike Bredt, Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts im Israel-Palästina-Konflikt, Berlin: Duncker & Humblot 2009, Schriftenreihe zum Völkerrecht Band 187, S. 174 ff.

² Vgl. dazu Helga Baumgarten, Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt: Suhrkamp 1991, S. 305 ff.; Dietmar Herz, Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte, Politik, Kultur, München: Beck 1991, S. 83 f., Jörn Böhme/Tobias Kriener/Christian Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2009, 4. Aufl., S. 55 f.

³ Vgl. dazu Isabel Schäfer, Die Europäische Union und der Nahostkonflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 20/2004), Bundeszentrale für politische Bildung; Muriel Asseburg/Jan Busse, Deutschlands Politik gegenüber Israel, in: Thomas Jäger, Alexander Höse, Kai Oppermann (Hg), Deutsche Außenpolitik, Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen, Normen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2011, S. 693-716, abrufbar unter:

<http://www.swp->

die EU den Palästinensern eine „Option“ auf einen eigenen Staat zusprach und außerdem zusagte, „die Anerkennung eines palästinensischen Staates ... zu gegebener Zeit in Erwägung zu ziehen“. Die Palästinenser gaben sich mit dieser Erklärung zufrieden und verzichteten auf die Staatsproklamation. Jedoch auch dies blieb ohne Folgen für die Palästinenser; der richtige Zeitpunkt für die Errichtung eines palästinensischen Staates scheint immer noch nicht gekommen zu sein.

Das Lernen aus der Geschichte ist offensichtlich ein schwieriges Unterfangen, denn weder die Staatsausrufung noch der gewünschte (vorläufige) Verzicht auf dieselbe bringt die Palästinenser ihrem Ziel näher, die israelische Besatzung zu beenden, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben und damit dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen.

II

Es lohnt sich dennoch, die zeitgeschichtlichen Umstände der ersten palästinensischen Staatsproklamation ins Gedächtnis zu rufen.⁴ Die Ausrufung eines palästinensischen Staates im November 1988 auf der 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats (PNR) in Algier stellte einen Meilenstein in der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung dar. Zunächst hatte die PLO in ihrer Charta von 1968 schlicht ein Konzept der Vertreibung der nach 1917 (Balfour-Deklaration⁵) eingewanderten Juden aus Palästina, d.h. implizit der Zerstörung Israels, vertreten, den UN-Teilungsplan von 1947 und die Gründung Israels als illegal bezeichnet und den „bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Befreiung Palästinas“ gepriesen.⁶ Dem folgte seit den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrates von 1969 die Vision von einem „demokratisch-säkularen Staat in ganz Palästina“, in dem Juden, Christen und Muslime zusammenleben⁷, bis der 12. Nationalrat in Kairo 1974 sich der Zwei-Staaten-Lösung annäherte, indem er sich – etwas verklausulierte

[berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/29_Asseburg_Busse_Final%20\(2\).ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/29_Asseburg_Busse_Final%20(2).ks.pdf); Muriel Asseburg, *Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten*, SWP-Studien 2003/S (Juli 2003), abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/S2003_28_ass.pdf

⁴ Historisch gesehen ist die palästinensische Unabhängigkeitserklärung von 1988 bereits die zweite. Schon am 1. Oktober 1948 rief in Gaza das (allerdings politisch bedeutungslos gewordene) *Higher Arab Committee* der Arabischen Liga, bestehend aus einigen palästinensischen Notabeln, einen „freien, demokratischen und souveränen Staat“ im gesamten ehemaligen Mandatsgebiet Palästina aus. Vgl. Helmut Mejcher (Hrsg.), *Die Palästina-Frage 1917-1948*, Paderborn: Schöningh 1993, S. 264.

⁵ Als sogenannte Balfour-Deklaration wird ein Brief des britischen Außenministers Lord Balfour bezeichnet, in dem er 1917 gegenüber einem Vertreter der Zionistischen Weltorganisation erklärt, dass die britische Regierung „die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ mit Wohlwollen betrachte.

⁶ Vgl. dazu die Palästinensische Nationalcharta von 1968, insbesondere Art. 6 und 9.

⁷ Vgl. dazu Michael Lüders, *PLO. Geschichte, Strategie, aktuelle Interviews*, Hannover: Fackelträger 1982, S. 61.

und zumindest übergangsweise – für „die Errichtung einer kämpferischen unabhängigen nationalen Autorität in jedem Teil Palästinas, der befreit wird“, aussprach.⁸

Vor diesem Hintergrund offenbaren sich die Unabhängigkeitserklärung und die damit verbundenen politischen Beschlüsse von 1988 als ein weiterer entscheidender Schritt, denn damit bekannte sich die PLO zur Errichtung eines palästinensischen Staates nur auf einem Teilgebiet des historischen Palästinas, zu den einschlägigen UN-Resolutionen und damit – wenn auch nur implizit – zu einer Anerkennung Israels. Gleichzeitig wurde der seit Gründung der PLO als einziger Weg zur Befreiung Palästinas proklamierte „bewaffnete Kampf“ von der Forderung nach einer „politischen Lösung“ und einer internationalen Konferenz flankiert. So manifestiert sich in den Beschlüssen und der Unabhängigkeitserklärung von 1988 die Aufgabe eines palästinensischen Exklusivitätsanspruchs auf das gesamte Land und die Erkenntnis, dass in der Region Frieden nur durch eine Teilung des Landes in einen israelischen und einen palästinensischen Staat realisierbar sein wird.

Heute gerät nicht selten aus dem Blick, welch weite politische Reise die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO von der Proklamierung des bewaffneten Kampfes zur Befreiung (ganz) Palästinas bis zur Ausrufung eines eigenständigen Staates auf ca. einem Fünftel des Territoriums bereits 1988 zurückgelegt hatte: „Die Wurzeln jeder der wichtigen Wendungen in den Dokumenten der 19. Tagung des PNR [der Politischen Beschlüsse und der Unabhängigkeitserklärung von 1988, Anm. C. St.] – die Abkehr von der kompromisslosen Linie der Charta, die geschwundene Bedeutung des bewaffneten Kampfes, die Verpflichtung zu einer Zwei-Staaten-Lösung, die auf einer internationalen Konferenz verhandelt werden soll – gehen auf die Beschlüsse der 12. bis 18. Tagung zurück,“ so der palästinensische Historiker Rashid Khalidi.⁹ Und diese Reise sollte noch weiter gehen. Auf der 20. Sitzung des PNR in Algier 1991 signalisierte dieser im Vorfeld der Madrider Friedenskonferenz die Bereitschaft, das Ziel einer Zwei-Staaten-Regelung auch in Etappen – im Rahmen eines Friedensprozesses – zu erreichen.¹⁰

⁸ Vgl. dazu das „Vorläufige politische Programm“ (sogenanntes 10-Punkte- oder Stufenprogramm) des 12. Nationalrates, verabschiedet auf der Sitzung im Juni 1974, Ziff. 2, in: Dietrich Neuhaus/Christian Sterzing (Hrsg.), Die PLO und der Staat Palästina, Frankfurt: Haag + Herchen 1991, S. 200 ff.

⁹ Rashid Khalidi, Die Beschlüsse der 19. Tagung des Palästinensischen Nationalrates, in: Neuhaus/Sterzing, (Hrsg.) (1991), a.a.O., S. 68.

¹⁰ Neuhaus/Sterzing (Hrsg.) (1991), a.a.O., S. 292 ff.

Wenn heute von einer territorialen Teilung und der Schaffung eines palästinensischen Staates neben Israel die Rede ist, dann sprechen wir von einem „Restpalästina“, das – im besten Fall – gerade einmal etwa 20 Prozent der Fläche des ehemaligen britischen Mandatsgebietes umfassen würde. Im UN-Teilungsbeschluss waren ca. 56 Prozent des Territoriums für den jüdischen Staat vorgesehen¹¹, in dem es aber immer noch nach Angaben der UNO eine hauchdünne arabische Bevölkerungsmehrheit (etwa 510.000 Araber gegenüber 500.000 Juden) gegeben hätte. Im arabischen Staat sollten neben etwa 750.000 arabischen Palästinensern etwa 10.000 Juden auf 43 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebietes leben. Für den Raum von Jerusalem/Bethlehem wurde wegen der heiligen Stätten eine „internationale Zone“ vorgeschlagen, in der wiederum mehrheitlich Araber lebten (ca. 105.000 gegenüber 99.000 Juden). Im britischen Mandatsgebiet befanden sich ca. 6 Prozent des Bodens im jüdischen Besitz. Dass dem jüdischen Staat trotzdem 56 Prozent der Fläche zugesprochen wurde, mussten die Araber als ungerecht empfinden. Nach dem Krieg 1948/49 hatte Israel sein staatliches Territorium um ein Drittel vergrößert. Die nach 1967 besetzten palästinensischen Gebiete Westjordanland, Gazastreifen und Ost-Jerusalem, die heute als potenzielles Territorium für einen palästinensischen Staat gelten, umfassen noch 22 Prozent. Wie weit die Kompromissbereitschaft der palästinensischen Führung inzwischen geht, hat Anfang des Jahres 2011 die Affäre um die sogenannten *Palestine papers* offenbart. Der arabische Fernsehsender *Al Jazeera* veröffentlichte etwa 1.600 geheime interne palästinensische Positionspapiere und Protokolle von den israelischen-palästinensischen Gesprächen und Verhandlungen des letzten Jahrzehnts.¹² Die Zugeständnisse in fast allen zentralen Fragen des Konflikts lösten unter der palästinensischen Bevölkerung heftige Diskussionen aus, in Israel dagegen peinliche Betroffenheit, strafte sie doch die israelischen Regierungen der letzten Jahre Lügen, die immer wieder die angeblich mangelnde Kompromissbereitschaft der Palästinenser für das Scheitern von Verhandlungen verantwortlich gemacht und immer wieder behauptet hatten, es gäbe auf palästinensischer Seite „keinen Partner für Frieden“.

¹¹ Zu den folgenden Angaben siehe z.B. Walter Hollstein, *Kein Frieden um Israel*, Bonn 1977, S. 125 ff. mit weiteren Hinweisen auf die Beratungen und Berichte der UNSCOP (UN Special Committee on Palestine).

¹² Die Dokumente sind zugänglich unter <http://english.aljazeera.net/palestinepapers/>; die brisantesten Papiere wurden auch vom englischen *Guardian* veröffentlicht, abrufbar unter: <http://www.guardian.co.uk/world/palestine-papers>

Die weite politische Reise der Palästinenser zu einem historischen Kompromiss wird heute kaum wahrgenommen. Sie hat auch bisher nicht zum Ziel eines eigenen Staates geführt. Wie sehr sich doch die politischen Rahmenbedingungen seit der Staatsproklamation 1988 geändert haben: Damals wurde die Ausrufung eines palästinensischen Staates als „palästinensische Friedensinitiative“ bezeichnet, heute – *tempora mutantur!* – gilt sie vielen als „Störung“ eines – längst nicht mehr existenten – Friedensprozesses. Zwar erkennen heute praktisch alle internationalen Organisationen und wichtigen politischen Akteure die Schaffung eines palästinensischen Staates neben Israel als Ziel der sogenannten „Zwei-Staaten-Regelung“ und Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden an, doch die aktuelle internationale Debatte über die Aufnahme Palästinas in die UNO zeigt, dass es nicht nur in Israel, sondern auch in der internationalen Gemeinschaft an der Bereitschaft und dem politischen Willen fehlt, die Besatzung zu beenden, um damit die entscheidende Bedingung für jede israelisch-palästinensische Friedensreglung zu schaffen. Die Bekenntnisse zum Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und zur Notwendigkeit eines palästinensischen Staates entpuppen sich heute wieder einmal als bloße Lippenbekenntnisse. Vielleicht hat sich seit 1988 doch gar nicht so viel verändert?

III

Aus einem spezifisch deutsch und eurozentrisch geprägten Blickwinkel wurden die Palästinenser über Jahrzehnte im Wesentlichen als Störfaktor in der nahöstlichen Geschichte wahrgenommen. Der sogenannte Nahostkonflikt wird als Folge eines weitverbreiteten europäischen Antisemitismus interpretiert, der in der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik in Deutschland seinen furchtbaren Kulminationspunkt erreichte. „Im Zionismus manifestiert sich folglich die Reaktion der jüdischen Diaspora auf den europäischen Antisemitismus. Europäisches Schuldbewusstsein wegen der Ungeheuerlichkeit des organisierten Massenmordes an den Juden im Zweiten Weltkrieg und wegen der Untätigkeit der Alliierten führte schließlich dazu, die zionistischen Forderungen nach Gründung eines jüdischen Staates im Mandatsgebiet Palästina zu akzeptieren, zumal die bürgerkriegsähnliche Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen Juden und palästinensischen Arabern im Land und der Zusammenbruch der britischen Kolonialmacht keine andere Lösungsmöglichkeit realisierbar erscheinen ließen. Neben der ideologisch-religiös

zwar legitimen, aber nach den Maßstäben des internationalen Rechts irrelevanten Berufung auf die Verheißung des Landes durch göttliche Offenbarung für das jüdische Volk bildete somit der europäische Antisemitismus eine wesentliche Legitimationsgrundlage für den Staat Israel.“¹³ Die Reden, die in der UNO während der Debatte über den UN-Teilungsplan (UN-Resolution 181 vom 29. November 1947) gehalten wurden, bezeugen dies eindrücklich.¹⁴ Hinzu kam die Tragödie der ca. 100.000 jüdischen *displaced persons*, zumeist Überlebende der Konzentrationslager, die Europa verlassen wollten und angesichts der rigiden Einreisebeschränkungen der britischen Mandatsmacht in Palästina und anderer Staaten verzweifelt nach einer neuen Heimat suchten.

In diesem historischen Kontext fand sich für die Palästinenser und ein Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes¹⁵ kein rechter Platz. Im Teilungsplan ist nur von der „arabischen Bevölkerung in Palästina“ die Rede. Als ein völkerrechtliches „Problem“ – und mit partieller Völkerrechtssubjektivität ausgestattet¹⁶ – tauchte die arabisch-palästinensische Bevölkerung nur kurz in den Debatten über den Teilungsplan auf, als es um die heftig umstrittene Frage ging, ob gemäß der UN-Charta nicht die ansässige arabische Bevölkerung zu den Teilungsvorschlägen befragt werden müsse und ob die UNO überhaupt die Kompetenz habe, gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung einen Staat ins Leben zu rufen. Doch die UNO lehnte den Vorschlag eines Referendums ab.¹⁷ Nach dem Krieg von 1948/49 – aus palästinensischer Sicht: der *Nakba*, aus israelischer Sicht: dem Unabhängigkeitskrieg – bemächtigten sich andere arabische Staaten der nicht von Israel beherrschten „Restgebiete“ Palästinas: Ägypten stellte den Gazastreifen unter seine Verwaltung, Jordanien annektierte schließlich 1950 das Westjordanland und Ost-Jerusalem. Die im Teilungsplan der UNO auch vorgesehene Schaffung eines arabischen Staates in einem Teil des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina verschwand damit zunächst einmal von der politischen Tagesordnung. Die Palästinenser sollten in den folgenden Jahrzehnten in unzähligen UN-Resolutionen

¹³ Neuhaus/Sterzing (Hrsg.) (1991), a.a.O., S. 7.

¹⁴ Vgl. dazu z.B. die Reden des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 14. Mai und 26. November 1947 (Auszüge in Bruno Frei, *Israel zwischen den Fronten*, Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag 1965, S. 159 ff.).

¹⁵ Zur völkerrechtlichen Problematik des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts vgl. Friederike Bredt (2009), a.a.O., S. 149 ff.

¹⁶ Vgl. dazu Friederike Bredt (2009), a.a.O., S. 174 f.

¹⁷ Vgl. Heinz Wagner, *Der Arabisch-Israelische Konflikt im Völkerrecht*, Berlin: Duncker & Humblot 1971, S. 287 ff.

nur als Flüchtlinge wahrgenommen werden. Das Nahostproblem bestand aus dem israelisch-*arabischen* Konflikt und einem palästinensischen Flüchtlingsproblem.

Auch in der berühmten UN-Sicherheitsratsresolution 242 vom 22. November 1967, die nach Beendigung des sogenannten Sechs-Tage- oder Juni-Krieges den „Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“, forderte, fand lediglich das „Flüchtlingsproblem“ Erwähnung. Erst nach dem Aufstieg der PLO und ihrer internationalen Anerkennung ist eine „Re-Palästinisierung“ des Problems erkennbar. Die UN-Generalversammlung erkennt 1974 die PLO und die „unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität“¹⁸ an. Immer häufiger ist daraufhin vom israelisch-*palästinensischen* Konflikt die Rede und dem Recht der Palästinenser, einen eigenständigen lebensfähigen Staat neben Israel zu gründen. 1988 wird die Proklamation eines unabhängigen palästinensischen Staates in der Generalversammlung begrüßt und der PLO, die als Befreiungsbewegung schon seit 1974 mit besonderen Rechten versehen worden war, nun gestattet, unter der Bezeichnung „Palästina“ aufzutreten.¹⁹ Damit erlangte die PLO im Rahmen der UN zwar eine einzigartige „quasi-staatliche Völkerrechtssubjektivität“²⁰, doch der eigenständige Staat war damit noch längst nicht erstritten. Auch in den Oslo-Abkommen 1993/94 wird den Palästinensern nach der vereinbarten fünfjährigen Übergangsperiode – entgegen verbreiteter Meinung – keineswegs ein eigener Staat versprochen, sondern lediglich Verhandlungen über den „Endstatus“ der besetzten Gebiete. Im Sicherheitsrat der UN sollte es bis zum 12. März 2002 dauern, bis sich das Gremium explizit für eine Zwei-Staaten-Regelung aussprach.²¹

Die skizzierten zeitgeschichtlichen Stationen machen deutlich, dass zum einen die palästinensische Nationalbewegung erst relativ spät auf der weltpolitischen Bühne in Erscheinung getreten ist. Zum anderen zeigt sich, dass sie fast immer nur in Konfrontation mit Israel wahrgenommen wird. Die palästinensische Nationalbewegung²² ist tatsächlich ein Spätankömmling in der nahöstlichen

¹⁸ Resolution 3236 (XXXIX) und 3237 (XXXIX) der UN-Generalversammlung vom 22. November 1974, zit. Nach: Die VN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt, Bd. 5 Völkerrecht und Politik, Berlin: Berlin Verlag 1978, S. 268.

¹⁹ Resolution 43/177 der UN-Generalversammlung vom 17. Dezember 1988.

²⁰ Vgl. dazu Friedrike Bredt (2009), a.a.O., S. 175.

²¹ Resolution 1397 des UN-Sicherheitsrats vom 12. März 2002.

²² Zur Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung vgl. z.B. Gudrun Krämer, Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, München: Verlag Beck 2003, 4. Auflage;

Geschichte. So war zwar bereits Anfang des 20. Jahrhunderts ein arabischer Nationalismus entstanden, doch es fehlte an einer spezifischen palästinensischen Ausprägung, wenn es auch 1911 zur Gründung einer ersten palästinensischen Organisation und 1919 zu einem ersten palästinensischen Kongress kam. Dieser arabische Nationalismus wehrte sich zunächst vor allem gegen die osmanische Herrschaft, nach Ende des Ersten Weltkriegs dann aus Enttäuschung über die nicht gehaltenen Versprechungen einer arabischen Unabhängigkeit gegen die europäischen Imperialmächte Frankreich und England.²³ Der Zerfall des osmanischen „Groß-Syriens“ in zwei Protektorate (1922) und die Errichtung der „Schutzherrschaft“ der Franzosen über Syrien und der Engländer über Palästina beförderten dann eine gewisse „Regionalisierung“ des politischen Bewusstseins. Auch wenn das politische Denken der aktiven Eliten, sowohl der Intellektuellen als auch der dominierenden städtischen Notabeln, von panarabischen Vorstellungen geprägt war, entwickelte der palästinensische Nationalismus in der Konfrontation mit der zionistischen Siedlungspolitik und der jüdischen Parallelbewegung, dem Zionismus, sowie aus der Opposition gegen die britische Mandats Herrschaft seinen spezifischen Charakter und seine eigene Dynamik. Die Folgen der jüdischen Einwanderung nach Palästina und der zionistischen Besiedlung sowie schließlich die Gründung des Staates Israel, die zur Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern führten, haben die Konfrontation nochmals verschärft. Besonders in den palästinensischen Flüchtlingslagern fand die Nationalbewegung einen fruchtbaren Nährboden. Nach 1967 verstärkten die militärische Besatzung und politische Unterdrückung durch Israel ein palästinensisches Nationalbewusstsein, das nun – nach Phasen einer stärker panarabischen Orientierung oder Bestrebungen nach einem wie auch immer gearteten föderalen Zusammenschluss mit Jordanien – auf einen eigenen Staat gerichtet ist.

Nachdem lange Zeit die Existenz eines palästinensischen Volkes bestritten worden war, stattdessen bestenfalls von einer Flüchtlingsbevölkerung gesprochen wurde,

Alexander Flores, Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1948, in: Helmut Meijcher (Hrsg.), *Die Palästina-Frage 1917-1948*, Paderborn: Schöningh 1993, S. 89 ff.; Yehoshua Porath, *The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement, 1918-1929*, London 1974; Baruch Kimmerling/Joel S. Migdal, *The Palestinian People*, Cambridge/London: Harvard University Press 2003; Azmy Bischara, Zur Entwicklung der politischen Doktrin der PLO, in: Neuhaus/Sterzing (Hrsg.) (1991), a.a.O. S. 17 ff.

²³ Während des Ersten Weltkriegs versprachen die Engländer arabischen Repräsentanten mehrfach politische Unabhängigkeit, um sie als Alliierte im Krieg gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. Doch gleichzeitig teilten sie hinter dem Rücken der Araber in einer geheimen Vereinbarung mit Frankreich und Russland (Sykes-Picot-Abkommen) die nahöstliche Region unter sich auf. Vgl. dazu Gudrun Krämer (2003), S. 170 ff.; Dietmar Herz (2003), a.a.O. S. 27 ff.

ging es der palästinensischen Führung gegenüber Israel und der internationalen Gemeinschaft zunächst um die Anerkennung der Existenz eines palästinensischen Volkes. In den 1970er-Jahren trat dann die Frage nach den (unveräußerlichen) Rechten, insbesondere dem nationalen Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und seiner legitimen Vertretung, in den Vordergrund, das sich dann in der Auseinandersetzung über das Recht auf einen eigenen Staat unter Führung der PLO zuspitzte. Heute hat die „Palästinisierung“ des Nahostkonflikts zumindest auf der diplomatisch-politischen Ebene mit der international weitgehend anerkannten und angestrebten Zwei-Staaten-Regelung ihren Abschluss gefunden. Die operative Umsetzung, d.h. die Frage, ob, wann und unter welchen Bedingungen eine solche Regelung realisiert werden kann, ist allerdings nun seit langem Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzung.

Die jahrzehntelange Ignoranz oder gar Leugnung palästinensischer Existenz oder palästinensischer Rechte durch Israel und große Teile der internationalen Staatengemeinschaft ist wohl ohne die nationalsozialistische Judenverfolgung und -vernichtung kaum zu verstehen. Das Existenzrecht des israelischen Staates stand im Vordergrund, das palästinensische Selbstbestimmungsrecht trat dagegen in den Hintergrund. Gewiss dürfen handfeste Interessen nicht vernachlässigt werden: Die Einbettung Palästinas in den arabischen Lebensraum und die arabische Politik, die geostrategische Bedeutung des Konfliktgebietes im Machtpoker um regionale und globale Hegemonie, ökonomische und innenpolitische Interessen vieler Akteure. Die Rechte der Palästinenser wurden nicht selten zum Spielball der Interessen anderer. Im europäisch-amerikanischen Diskurs wurde – und wird häufig noch heute – eine Anerkennung palästinensischer Rechte mit dem Stigma einer Delegitimierung Israels versehen. Die von beiden Konfliktparteien in der Vergangenheit – und häufig noch heute – erhobenen und heftig verteidigten Exklusivansprüche auf das Land fanden bei den Verbündeten in aller Welt jeweils ihren entsprechenden Widerhall. Können denn zwei Völker auf das gleiche Land einen legitimen Anspruch erheben? Negiert nicht, wer das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennt, das Existenzrecht Israels? Verbergen sich hinter Kritik an der israelischen Politik und dem Ruf nach einem palästinensischen Staat nicht häufig antiisraelische, antizionistische oder gar antisemitische Motive?

Lange Jahre haben israelische Argumentationsmuster diesen Blick auf die Palästinenser geprägt. Gerade in Deutschland, dessen Regierung die Anerkennung

des Existenzrechts Israels zur Staatsräson erklärte, fielen viele dieser Argumente auf fruchtbaren Boden und erklären zumindest zum Teil die politische „Zurückhaltung“ im Umgang mit den Palästinensern. Zweifellos hätten sich das deutsch-israelische Verhältnis viel harmonischer und eine deutsche Nahostpolitik viel konsistenter gestalten lassen, wären da nicht die Palästinenser gewesen!²⁴ Wer von Palästina oder den Palästinensern spricht, muss auch von Israel und den Israelis reden. Vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit fällt deshalb der unverstellte Blick auf die Palästinenser und ihre Rechte schwer. Doch das Schicksal der Palästinenser ist mehr als ein zu vernachlässigender Kollateralschaden des deutschen Antisemitismus und der Gründungsgeschichte Israels. In Palästina/Israel existiert eine autochthone arabisch-palästinensische Bevölkerung, die nun seit Jahrzehnten unter Menschen- und Völkerrechtsverletzungen leidet. Millionen von palästinensischen Flüchtlingen in aller Welt warten seit Jahrzehnten auf eine wie auch immer geartete Umsetzung ihrer in unzähligen UN-Resolutionen verbrieften Rechte. Eine friedliche Konfliktregelung wird es am Rande des östlichen Mittelmeeres nur geben, wenn Menschenrechten und internationalem Recht universal und nicht nur ethnisch selektiv Geltung verschafft wird.

IV

Natürlich haben es die Palästinenser den Unterstützern der palästinensischen Sache nicht immer einfach gemacht. Die PLO proklamierte in ihrer Charta den bewaffneten

²⁴ Kinan Jaeger spricht in seiner Studie über die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser von der „Quadratur des Dreiecks“. Siehe Kinan Jaeger, *Die Quadratur des Dreiecks*, Schwalbach: Wochenschau Verlag 1997 (Bd. 27 der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten). Der deutsch-israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten gab 1991 ein Sonderheft der Zeitschrift *israel & palästina* (Heft 27/1991) mit dem Titel „Das schmerzhafteste Dreieck: Deutsche – Israelis – Palästinenser“ heraus. Thomas Scheffler kritisierte „Die Normalisierung der Doppelmoral: Vierzig Jahre deutsch-israelische Beziehungen“ in: *Prokla* 18/4 (1988), S. 76 ff. Ebenso Yeshayahu A. Jelinek, *Zwischen Moral und Realpolitik: Deutsch-israelische Beziehungen 1945-1965. Eine Dokumentensammlung* (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte 16), Gerlingen 1997, und Thomas Risse-Kappen, *Muddling through Mined Territory: Germany's Foreign Policy-making and the Middle East*, in: Shahrar Chubin (Hrsg.), *Germany and the Middle East: Patterns and Prospects*, London 1992, S. 195 ff. Die „Konzeptionslosigkeit“ deutscher Nahostpolitik geißelten schon Martin Weiß, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Heft 19 (1991), S. 275 ff., und Udo Steinbach, *German Foreign Policy and the Middle East: In Quest of a Concept*, in: Haim Goren (Hrsg.), *Germany and the Middle East. Past, Present, and Future*, Jerusalem 2003, S. 85 ff., sowie Hildegard Hamm-Brücher, die in „Deutschland und Israel – Herausforderungen für die Zukunft“ angesichts von „Illusionen und Verkrampfungen“ endlich „Eindeutigkeit und Zuverlässigkeit“ forderte, in: Ralph Giordano (Hrsg.), *Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährungsprobe. Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen*, Gerlingen 1992, S. 82 ff. Micha Brumlik diagnostizierte im deutsch-israelischen Verhältnis „eine kollektive Neurose all jener, die sich für Moral interessieren“, *Eine kollektive Neurose*, in: Andrea Kaiser/Tobias Kriener (Hrsg.), *Normal ist das Besondere – Streiflichter aus 30 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen*, Schwalbach: Wochenschau Verlag 1996 (Bd. 26 der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten), S. 39.

Kampf, und ihre Widerstandsgruppen führten in Israel terroristische Gewaltaktionen durch. In den 1970er-Jahren galten die Palästinenser mit weltweiten Flugzeugentführungen und Attentaten quasi als Inkarnation des Terrorismus. Militante Befreiungsbewegungen und links-extreme terroristische Stadtguerillas, auch die deutsche RAF, wurden in Trainingslagern der Palästinenser ausgebildet. Interne Machtkämpfe wurden gewaltsam ausgetragen. Palästinenser in arabischen Staaten destabilisierten bestehende Strukturen und wurden in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen z.B. in Jordanien und dem Libanon verwickelt. Palästinensische Führer verbrüderten sich mit arabischen Diktatoren. Die in der Ersten Intifada weltweit erworbenen Sympathien wurden während der Zweiten Intifada durch unzählige terroristische Selbstmordattentate gegen die zivile Bevölkerung in Israel wieder aufs Spiel gesetzt. Noch heute beschießen palästinensische Organisationen den Süden Israels mit Raketen und Mörsern.

Die Strategie der Gewalt einiger palästinensischer Organisationen hat sicherlich einerseits dazu geführt, dass die Probleme der Palästinenser weltweit überhaupt wahrgenommen und auf die politische Agenda gesetzt wurden. Andererseits hat diese Strategie aber auch erheblich dazu beigetragen, das Trauma von Verfolgung und Vernichtung unter Israelis wachzuhalten. Vergleiche Arafats mit Hitler und der PLO mit Nazis durch israelische Politiker erhielten somit Nahrung. Wenn auch die politische Instrumentalisierung derartiger Vergleiche nicht zu übersehen war, so hat die Gewalt ohne Zweifel das Gefühl existenzieller Bedrohung in Israel verfestigt, damit die radikalen, rechten oder zumindest wenig kompromissbereiten Kräfte auf der Gegenseite gestärkt und die politische Unterstützung für Israels unnachgiebige Haltung international mobilisiert – und letztendlich auf diese Weise friedenspolitische Initiativen erschwert. Besonders verheerend sollten sich die Ereignisse des 11. September 2001 auswirken. Der „palästinensische Terrorismus“ wurde mit dem „islamistischen Terrorismus“ gleichgesetzt. Dass es in Palästina um die Beendigung einer völkerrechtswidrigen Besatzung geht, schien vernachlässigbar. Zwar können terroristische Taten moralisch und politisch nicht gerechtfertigt werden, doch wer an friedlichen Konfliktlösungen interessiert ist, darf sich der Mühe einer politisch-ideologischen Analyse terroristischer Phänomene, ihrer Ursachen und Ziele nicht entziehen. Im globalen „Kampf gegen den Terror“ war für Differenzierungen allerdings kein Raum. Es fiel dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon nicht schwer, sich der unbedingten Unterstützung durch den damaligen

amerikanischen Präsidenten George W. Bush zu versichern, indem er darauf hinwies, dass die USA mit den terroristischen Anschlägen in New York und Washington nur das erlebten, was Israel seit Jahren erleide. Die Palästinenser und ihre politische Führung gerieten immer mehr ins politische Abseits, auch wenn sie sich von den Gewalttaten einzelner politischer Organisationen distanzierten.

Die Legitimität des Widerstands und des Protestes der Palästinenser gegen die völkerrechtswidrige israelische Besatzung kann kaum bestritten werden, aber es bleibt auch festzustellen, dass völkerrechtlich nicht jede Form des Widerstands zulässig ist.²⁵ Man mag über die politische Zweckmäßigkeit einer Strategie des bewaffneten Widerstands streiten, doch wer sich zur Durchsetzung seiner Ansprüche auf das internationale Recht beruft, darf sich nicht der Aufgabe entziehen, aufgrund völkerrechtlicher Normen zwischen legitimem und illegitimem Widerstand zu unterscheiden. Die Definition des Begriffes Terrorismus ist im internationalen Recht zwar bis heute strittig, doch weder der Hinweis auf gravierende Rechtsverletzungen und Gewaltanwendungen durch Israel noch die Existenz eines asymmetrischen Konflikts können z.B. unterschiedslose Angriffe auf Zivilisten rechtfertigen. Auch ein legitimer Zweck wie die Beendigung der Besatzung legitimiert nicht jedes Mittel. Palästinensische Widerstandsorganisationen und die politische Führung der Palästinenser haben sich während langer Phasen ihres Kampfes gegen die Besatzung der Aufgabe, zwischen legitimen und illegitimen Mitteln des Widerstands zu differenzieren, nicht gestellt, den bewaffneten Kampf und die Gewalt verherrlicht und damit politische Unterstützung und Sympathien für die palästinensische Sache verspielt.

Die Sicherheit Israels wurde auf diese Weise zum Schlüsselwort israelischer Politik und zur zentralen Frage einer Konfliktregelung, hinter der Ansprüche und Vorstellungen der Palästinenser angeblich zurückzutreten haben. Doch nicht die Gewalt der Palästinenser ist das zentrale Problem im Nahen Osten. Die Gewalt ist vielmehr Folge des ungelösten Konflikts, der andauernden Besatzung und der noch immer ausstehenden Realisierung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts. Ein Ende der Gewalt und damit die Sicherheit Israels können nur das Ergebnis einer friedlichen Konfliktregelung sein, nicht eine Voraussetzung. Gewiss werden nach einem Friedensschluss Gewalt und Terror nicht plötzlich enden und Ruhe und Frieden in der Region einkehren. Die Prägung durch Gewalt hat inzwischen eine

²⁵ Zur völkerrechtlichen Problematik des Widerstands gegen ein Besatzungsregime vgl. Friederike Bredt (2009), a.a.O., S. 160 ff.

immanente Dynamik entwickelt, die nicht von heute auf morgen zu stoppen sein wird. Aber es erscheint kaum vorstellbar, dass in der Region ohne eine zivile Beilegung des Konflikts auf Dauer die Gewalt beendet werden kann.

V

Wie nachhaltig Gewalt und Terror das Bild von den Palästinensern auch in der deutschen Öffentlichkeit prägen, ist in jeder Diskussion über den Konflikt spürbar. Aufgrund der Fokussierung der Berichterstattung auf Gewaltereignisse ist der zivile Widerstand gegen die Besatzung, sei es durch Demonstrationen, Boykottaufrufe und Sanktionsforderungen, die Verweigerung von Kooperation mit der Besatzungsmacht etc., bei uns weitgehend unbekannt. Wer um Verständnis für Palästinenser und ihre Anliegen wirbt, wird nicht selten der Sympathie für Gewalttäter geziehen oder setzt sich dem Vorwurf der – zumindest fahrlässigen – Förderung des Terrorismus aus. Immer wieder ist zu beobachten, dass der Hinweis auf die Gewalt des palästinensischen Widerstands nicht nur israelische Gewaltanwendung rechtfertigen und die vermeintliche Unmöglichkeit einer friedlichen Konfliktlösung begründen soll, sondern auch der Delegitimierung palästinensischer Ansprüche dient. Seit dem Anwachsen einer Bewegung, die sich aus Protest gegen die israelische Besatzungspolitik für Boykott-, De-Investment- und Sanktionsmaßnahmen einsetzt, sehen sich auch derartige Versuche, „klassische“ Formen des gewaltfreien Widerstands gegen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu nutzen, politischer Denunzierung ausgesetzt. Der Aufruf zum Boykott von Waren, die in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen produziert wurden, wird als „ökonomischer Terror“ bezeichnet und Befürworter von Sanktionsmaßnahmen werden in die politische Nähe von SA-Truppen gerückt. Auf eine bemerkenswerte Weise wird damit die Anerkennung der legitimen Rechte eines Volkes von seinem politischen Wohlergehen abhängig gemacht. Doch welche Befreiungsbewegung hat die Gratwanderung zwischen legalem Widerstand und illegitimer Gewaltanwendung ohne Fehlritte bewältigt? Welches unterdrückte Volk erreichte das Ziel seiner Befreiung durch den Verzicht auf Widerstand und Protest gegen das erlittene Unrecht?

Die Berichterstattung in vielen Medien trägt wenig zur Differenzierung des Bildes von den Palästinensern bei. So finden z.B. Terroranschläge palästinensischer Gruppen umgehend und umfänglich in unseren Nachrichten Erwähnung, während

palästinensische Opfer von Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht selten einer Meldung für wert befunden werden.²⁶ Begriffe wie Besatzung, Widerstand oder Völkerrecht werden kaum noch benutzt. Wird von Sicherheit geredet, so sind damit Israels legitime Sicherheitsbedürfnisse gemeint. In Beschlüssen und Resolutionen wird im Allgemeinen gefordert, dass Israel in Zukunft in „sicheren Grenzen“ leben müsse. Dass sich auch Palästinenser, die ein Vielfaches an Todesopfern und Häuserzerstörungen unter der völkerrechtswidrigen Besatzung in den vergangenen Jahrzehnten erlitten haben, Sicherheit wünschen, wird meist nicht thematisiert.

Dabei soll nicht bestritten werden, dass es gerade aus deutscher Sicht vor dem Hintergrund der Geschichte gute Gründe gibt, sich in besonderer Weise Israel verbunden und verpflichtet zu fühlen. Das deutsch-israelische Verhältnis ist und bleibt ein besonderes. Auch kann kaum geleugnet werden, dass die Kritik an israelischer Politik in den deutschen Medien während der letzten Jahre gewachsen ist. Der in Israel inkriminierte Begriff *Nakba* taucht inzwischen auch in der deutschen Öffentlichkeit auf, wenngleich mit heftigen Reaktionen besonders Israel-freundlicher Kreise gerechnet werden kann. Doch es bleibt fast immer die „israelische Brille“, durch die das Konfliktgeschehen beobachtet wird, zwar nicht die Brille der israelischen Regierung, sondern die einer regierungskritischen israelischen Opposition – auf jeden Fall jedoch keine palästinensische Brille. Dazu mag beitragen, dass viele der deutschen „Nahost“-Korrespondent/innen in Israel leben – zumeist in Tel Aviv und nicht in den palästinensischen Gebieten. Hinzu kommt, dass wir uns Israel grundsätzlich kulturell näher fühlen: Israel wird vielfach als ein „Stück Europa im Nahen Osten“ wahrgenommen. Singt nicht Dana International im *Eurovision Song Contest* mit? Spielen nicht israelische Fußballmannschaften in der europäischen *Champions League*?

Studien²⁷ haben gezeigt, dass die Mehrheit der Konsumenten von Fernsehnachrichten zwei Schlüsselereignisse des Konflikts kaum kennt: Weitgehend unbekannt ist, dass (a) die israelische Staatsgründung 1948 zur Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern aus ihrer Heimat geführt hat und dass (b) seit 1967 Millionen von Palästinensern in einem Teil ihrer Heimat unter

²⁶ Als am 23. März 2011 in Jerusalem ein Terroranschlag verübt wurde, bei dem eine Frau ums Leben kam, berichteten z.B. *FAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *Welt* und die Tagesschau darüber. Dass in den Märzwochen zuvor allein 14 Menschen im Gazastreifen durch israelisches Militär getötet worden waren (darunter 6 Zivilisten, davon zwei 14-jährige Kinder) fand keine Erwähnung.

²⁷ Vgl. dazu Philo, Greg/Mike Berry, *Bad News From Israel*, London: Pluto Press 2004, S. 217 ff; nur 26 % der befragten deutschen Studenten wussten z.B., dass Israel palästinensisches Gebiet besetzt hält und die Siedler Juden sind.

der völkerrechtswidrigen militärischen Kontrolle Israels leben, die täglich erhebliche Verletzungen ihrer Bürger- und Menschenrechte mit sich bringt. Fast zwei Drittel der Befragten hatten zudem aufgrund der Berichterstattung während der Zweiten Intifada nicht den Eindruck, dass die Zahl der palästinensischen Opfer die der jüdischen übersteigt (tatsächlich betrug das Verhältnis etwa 4:1). Offenbar mangelt es nicht nur an historischen Kenntnissen, sondern die immanenten Gesetzmäßigkeiten medialer Berichterstattung führen zu einer Verzerrung der Darstellung und Wahrnehmung des Konfliktgeschehens, so dass eine politische Orientierung für den Nachrichtenkonsumenten schwierig wird. Gewiss trägt dazu auch die Fixierung der medialen Berichterstattung auf Gewalttaten und deren bildhafte Verfügbarkeit bei: Ein spektakulärer Selbstmordanschlag liefert „bessere“, mediengerechtere Bilder als eine wöchentlich in Olivenhainen abgehaltene Demonstration gegen den israelischen Mauerbau; die Liquidierung vermeintlicher palästinensischer Terroristen durch israelische Raketen oder nächtliche Militärkommandos erfolgen naturgemäß unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Es ist aber nicht nur die Auswahl der Bilder, die die Realität verfälscht. Bilder von Jugendlichen, die Steine gegen Panzer werfen, können beim Zuschauer sowohl Identifikationsprozesse mit dem palästinensischen *underdog* auslösen als auch Assoziationen einer notwendigen Aufstandsbekämpfung wecken. Der Palästinenser mit einer Maschinenpistole mag als Inkarnation des Terrorismus gelten oder als Symbol des heroischen Widerstands. Die Maske des palästinensischen Demonstranten könnte kriminelle Tarnung sein oder legitimen Schutz vor Verfolgung bedeuten. Palästinensische Demonstrationen gegen die Besatzung oder die Mauer werden so zu „Aufständen“ oder „Unruhen“, die eine Ordnungsmacht niederschlagen muss. Dass es sich dabei um den legitimen Protest gegen eine völkerrechtswidrige Besatzung handeln kann, bleibt unerwähnt.

Soviel Unkenntnis über den Konflikt mag den aufgeklärten Leser einer deutschen überregionalen Tageszeitung überraschen, wird doch bei uns über keinen Konflikt in der Welt so viel berichtet – und kontrovers diskutiert – wie über den Nahostkonflikt. Aber der Umfang der alltäglichen Berichterstattung korrespondiert offensichtlich nicht mit einem tieferen Verständnis für den Konflikt, seine Ursachen und Hintergründe. Viele Menschen halten die andauernden Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern für einen Grenzkonflikt zwischen zwei Ländern, die unglücklicherweise Anspruch auf das gleiche Territorium erheben. Dass es sich hier

größtenteils um einen Konflikt zwischen Besatzer und Besetzten, zwischen völkerrechtswidriger Landnahme und legitimem Selbstbestimmungsrecht handelt, eben um einen asymmetrischen Konflikt, erschließt sich dem durchschnittlichen Fernsehzuschauer nicht. Notwendig wäre eine historische, an Völker- und Menschenrechten orientierte Kontextualisierung der Nachrichten, die dem Betrachter erst eine politische Einordnung und Bewertung ermöglicht.

VI

Geschichte ist mehr als die scheinbar objektive Aneinanderreihung von historischen Daten und Fakten. Geschichtsschreibung selektiert und interpretiert Entwicklungen und Ereignisse der Vergangenheit – zumeist weder voraussetzungs- noch absichtslos. Mit der je eigenen Historiografie werden erzieherische und politische Absichten verbunden. Aus „der Geschichte“ soll ja gelernt werden. Sie soll kollektive Erinnerung und Identität schaffen und die Nation hinter der gemeinsamen Erzählung von historischen Ereignissen und den daraus ableitbaren politischen Vorstellungen zusammenführen. „Geschichte“ ist deshalb besonders in Konfliktregionen zumeist das Produkt einer von besonderen Interessen geleiteten Geschichtsschreibung, die der pädagogischen Prägung von Menschen, der Nationenbildung und der legitimatorischen Grundlegung politischer Ansprüche dient. „Der Rückgriff auf erinnerte Strukturen wirkt nach außen als Argument in der völkerrechtlichen Auseinandersetzung und nach innen als zentraler Baustein des nationalen Selbstbewusstseins.“²⁸ Dies ist zunächst ein völlig „natürlicher“, ein legitimer Prozess, der jedoch gerade in Zeiten eines Konfliktes, den beide Seiten als Existenzkampf wahrnehmen, auch zu verzerrten Geschichten, zu „Halbwahrheiten“ und zur Geschichtsklitterung führen kann. Viele Staaten gründen auf derartigen Gründungsmythen, in denen sich nur ein Teil der historischen Ereignisse und deren spezifische, national geprägte Interpretation widerspiegeln. Vielleicht spricht man deshalb im Nahen Osten besser von „kollektiven Narrativen“ als von „Geschichte“. Denn es bedarf offenbar zweier Voraussetzungen, damit aus einem nationalen „kollektiven Narrativ“ „Geschichte“ werden kann: zum einen der Beendigung des Konflikts und zum anderen der historischen Distanz. Beides fehlt in Israel/Palästina.

²⁸ Thorsten Thiel, Von der Staatsgründung zu den „neuen Historikern“ – Israels Identität im Wandel, in: *hamburg review of social sciences* (hrss), Jahrgang 1, Heft 1 (Januar 2006), S. 65; abrufbar unter http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/hrss0601_thiel.pdf

Wir haben in Deutschland diesbezüglich unsere einschlägigen Erfahrungen gemacht. So hat es z.B. Jahrzehnte gedauert, bis eine gemeinsame, abgestimmte Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern möglich wurde. Und dies gelang erst Jahrzehnte nach dem Ende des Konflikts. Vor dem Hintergrund des andauernden israelisch-palästinensischen Konflikts wird es niemanden wundern, dass gerade Israelis und Palästinenser noch weit davon entfernt sind, eine gemeinsame Geschichte ihrer Beziehungen zu erzählen. Es ist kaum zu übersehen, dass angesichts des ungelösten Konflikts im Nahen Osten die jeweilige nationale Geschichtsschreibung in besonderer Weise der Legitimation politischer Ansprüche jeder Seite dient. Dazu gehört die Delegitimierung der anderen Seite, die Leugnung des quasi konkurrierenden Narrativs, denn dieses zu akzeptieren hieße, das eigene Narrativ in Frage zu stellen. So hat z.B. die israelische Regierung die Verwendung des Begriffs *Nakba* in israelischen Schulbüchern untersagt, weil dies als Delegitimierung der Staatsgründung Israels empfunden wird. Die Würdigung der jüdischen Opfer des *Holocaust* gilt wiederum in Palästina noch immer als politisch heikel, weil befürchtet wird, die Anerkennung der Juden als Opfer könnte die eigene Opferrolle im aktuellen Konflikt und politische Ansprüche unterminieren.

Für das jeweils kollektive Narrativ und die nationale Identität des israelisch-jüdischen und des palästinensisch-arabischen Volkes ist die Opferrolle quasi konstitutiv. Unabhängig von der historischen Unvergleichbarkeit stellt die *Nakba* im palästinensischen Bewusstsein das dar, was für die Israelis der *Holocaust* bedeutet: ein historisches Ereignis und eine kollektive Erfahrung, die noch heute wesentlich die Wahrnehmung der Gegenwart und das politische Handeln prägt. In der kollektiven Erinnerung des Zionismus ist die Opferrolle bereits angelegt, und „man kann es durchaus als Ironie der Geschichte betrachten, dass die Gründung des Staates Israel – ganz im Gegensatz zur ursprünglichen zionistischen Erwartung – nicht das Ende der Wahrnehmung von Juden oder Israelis als Opfer einleitete“.²⁹ Das narrative Pendant zum Juden/Israeli als „ewigem Opfer“ ist auf palästinensischer Seite die Rolle als „Opfer der Opfer“. Für beide Seiten gilt: Die Opferrolle ist politisch bequem. Sie erweckt Mitleid und Sympathie – aber immunisiert auch gegen Empathie mit dem Leiden der anderen. Sie kann im politischen Alltagsgeschäft funktionalisiert werden und Unterstützung mobilisieren. Jegliche Gewalt wird zur „Notwehr“, zur „legitimen

²⁹ Moshe Zimmermann, Die kollektive Erinnerung der Opfer, in: Wonderyears – Über die Rolle der Shoah und des Nationalsozialismus in der heutigen israelischen Gesellschaft, Berlin: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e.V. 2003, S. 37.

Verteidigung“. Diese Opferidentität exkulpiert gleichzeitig und scheint das Opfer der Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft zu entheben, denn die Verhältnisse kann ja nur einer verändern: der Täter. Aber funktioniert diese schlichte Dichotomie von Opfer und Täter im Nahen Osten? Lassen sich in diesem Konflikt so einfach Täter und Opfer identifizieren?

Es gibt Zeichen paradoxer Hoffnung: Seit einiger Zeit ist auf beiden Seiten des Konflikts eine Entmystifizierung der Geschichte(n) zu beobachten. Eine neue Generation israelischer Historiker stöbert seit den 1980er-Jahren in den Archiven, entkleidet viele der zionistischen Gründungsmythen ihres apologetischen Gehalts und erschüttert die kollektiven Erinnerungsstrukturen.³⁰ Auch auf palästinensischer Seite beschäftigen sich seit einigen Jahren mehr und mehr Wissenschaftler kritisch mit der eigenen Geschichte³¹, was nicht selten auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik der PLO oder der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) führt. Populär sind diese kritischen Geister auf beiden Seiten nicht. Wer sich von der offiziellen Erinnerungskultur absetzt oder sie in Frage stellt, wird nicht selten des Verrats an der nationalen Sache bezichtigt.

Gewiss wird es noch lange Zeit dauern, bis sich die nationalen Historiografien von vermeintlichen politischen Zwängen werden lösen können und nicht nur „kollektive Narrative“ argumentativ unterlegen. Auch wenn die Bedeutung der revisionistischen Historiker in beiden Lagern nicht unterschätzt werden darf, weil sie nationale Konsense aufbrechen, Tabus berühren und vielleicht sogar neue Handlungsperspektiven eröffnen, so wird man wohl noch einige Zeit warten müssen, bis in beiden Gesellschaften der offene Diskurs über die (gemeinsame) Geschichte zu einer Selbstverständlichkeit wird. Natürlich verdienen derartige Entwicklungen unsere Unterstützung. Aber (westliche) Ungeduld ist kaum angebracht, fehlt es doch eben an beidem, was für eine (selbst)kritische Aufarbeitung der Geschichte notwendig ist: der friedlichen Konfliktbeilegung und der historischen Distanz.

³⁰ Zur Generation der sogenannten „neuen (postzionistischen) Historiker“ gehören mit zahlreichen Werken und Studien vor allem Simcha Flapan, Benny Morris, Avi Shlaim, Tom Segev, Moshe Zimmermann und Ilan Pappé. Nur einige Werke erschienen bisher auf Deutsch. Grundlegend z.B. Simcha Flapan, *Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit*, München: Melzer 2006 (Die Originalausgabe erschien bereits 1987) oder Tom Segev, *Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates*, München: Siedler 2008 (Originalausgabe 1986); Tom Segev, *1967 – Israels zweite Geburt*, München: Siedler 2007; Ilan Pappé, *Die ethnische Säuberung Palästinas*, Frankfurt: Verlag Zweitausendeins 2007. Vgl. dazu den Überblick mit weiteren Hinweisen von Thorsten Thiel (2006), a.a.O., S. 64 ff.

³¹ Dazu gehören Rashid Khalidi, Edward Said, Sari Nusseibeh, Walid Khalidi, Beshara Doumani u.a. Viele der Studien liegen neben Arabisch nur in englischer Sprache vor.

VII

Der andauernde Konflikt und die deutsch-europäisch-amerikanische Fixierung auf das jüdisch-zionistische Narrativ haben in den letzten Jahrzehnten auch den differenzierten Blick auf die Lebenswirklichkeit der Palästinenser in den besetzten palästinensischen Gebieten erschwert. Auf die weitverbreitete Unkenntnis des Flüchtlingsschicksals von Millionen von Palästinensern wurde schon hingewiesen. Dass die Palästinenser die größte Flüchtlingsbevölkerung weltweit darstellen, 1948 etwa drei Viertel der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat geflüchtet sind oder vertrieben wurden und wahrscheinlich etwa die Hälfte der Palästinenser heute außerhalb Palästinas leben, sind prägende Facetten einer Realität, die vielen von uns bei der Beschäftigung mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt kaum gegenwärtig ist. Die palästinensische Bevölkerung in Palästina/Israel und in aller Welt ist alles andere als eine monolithische Einheit.

Die Feierlichkeiten zum 60. Gründungsjubiläum des Staates Israel waren auch in Deutschland Anlass für vielfältige Darstellungen und Analysen der Entwicklungen des jüdischen Volkes, der israelischen Gesellschaft und des jüdischen Staates. Nur selten geriet in den Blick, dass die israelische Staatsgründung 1948 und die israelische Besatzung 1967 auch für die Palästinenser dramatische gesellschaftliche Veränderungen mit sich brachten. Flucht und Vertreibung führten ja nicht „nur“ zu einer Dezimierung der arabischen Bevölkerung in Palästina. Durch die weitgehende Flucht der arabisch-palästinensischen politischen und ökonomischen Eliten kam es quasi zu einer Enthauptung der Gesellschaft; diese setzte sich unter der Besatzung nach 1967 – wenn auch in geringerem Umfang – fort, indem ökonomische Perspektivlosigkeit große Teile der Eliten ins Ausland trieb und politische Führungskräfte deportiert oder inhaftiert wurden. Mit dem Verlust des Landes, der ja nicht ein einmaliges Ereignis darstellte, sondern sich in unterschiedlichster Gestalt in Israel auch nach 1948 und in den besetzten Gebieten nach 1967 im Zuge der Judaisierung von Gebieten fortsetzte, verlor eine weitgehend agrarisch strukturierte Gesellschaft ihre Grundlage durch Enteignung von Land für jüdische Siedlungen, Städte und ihre Infrastruktur, für militärische Anlagen und nicht zuletzt den Mauerbau. Die Ausrichtung der palästinensischen Wirtschaft in den besetzten Gebieten auf die Bedürfnisse der israelischen Wirtschaft und die Integration von Zigtausenden palästinensischer Arbeitskräfte in den israelischen Arbeitsmarkt erlaubte in den ersten Jahrzehnten der Besatzung nicht die Entwicklung einer

ohnehin auf schwachen Füßen stehenden eigenständigen Wirtschaft. Aufgrund dieser durch die israelische Besatzungspolitik induzierten „De-Entwicklung“³² war die palästinensische Wirtschaft nach Einführung der Trennungspolitik in den 1990er-Jahren denkbar schlecht auf die neue Situation vorbereitet. Besonders dramatisch ist die humanitäre Situation im Gazastreifen aufgrund der Zerstörung der ökonomischen Infrastruktur durch die israelische Blockade. Das System der Reisebeschränkungen und Bewegungskontrollen innerhalb der besetzten Westbank setzt auch dort der wirtschaftlichen Entwicklung – internationalen Finanzhilfen zum Trotz – deutliche Grenzen. Wenn fast ein Drittel der Menschen in den palästinensischen Gebieten von der Beschäftigung im öffentlichen Dienst abhängig sind, dann mag man das als ein Zeichen ungesunder Wirtschaftsstrukturen beklagen, doch dieser Zustand sichert eine gewisse soziale Stabilität – solange durch ausländische Budgethilfen die Entlohnung gesichert ist. Eine derartige Rentierwirtschaft, noch dazu unter einer Besatzung, prägt nicht nur die politischen und ökonomischen Beziehungen zum Ausland, sondern auch die innergesellschaftlichen Beziehungen und Entwicklungschancen.

Unter dem Einfluss der Besatzung und allgemeiner Modernisierungstendenzen haben sich auch in den gesellschaftlichen und familiären Beziehungen vielfältige und widersprüchliche Veränderungsprozesse entwickelt. Traditionell bedeutsame Clanstrukturen verloren einerseits an Bedeutung, andererseits werden sie in politischen und wirtschaftlichen Notsituationen wiederbelebt. Bei den demokratischen Wahlen zu den Kommunalparlamenten 2005 und zum Palästinensischen Legislativrat 2006 erlebten wir einerseits früher kaum vorstellbare konkurrierende Kandidaturen aus Großfamilien für unterschiedliche „Parteien“, andererseits wurden viele Frauen bis in die Wahlkabine von ihren Ehemännern begleitet, die bei der Stimmabgabe „assistieren“ wollten. Sogar die islamistische Hamas sah sich bei den Wahlen gezwungen, wegen der vorgeschriebenen Frauenquote Kandidatinnen aufzustellen. Immer häufiger verlassen auch junge Frauen Palästina für eine Ausbildung im Ausland, während andere den von den Eltern ausgewählten Bräutigam ehelichen. Patriarchale Strukturen geraten ins Wanken, wenn aufgrund jahrelanger Inhaftierung des Familienoberhaupts die Mutter für den Lebensunterhalt der Familie zu sorgen hat. Und wenn humanitäre Notlagen und bürgerkriegsähnliche,

³² Vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung Sara Roy (1995), *The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development*, Washington 1995; Sara Roy (1999): *De-development revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 28, No. 3 (Frühjahr 1999), S. 64-82.

anarchische Verhältnisse das Überleben gefährden, dann bietet eben doch wieder nur der Clan Schutz und Sicherheit, und es droht eine Re-Tribalisierung der sozialen Beziehungen.

Hinter diesen Streiflichtern gesellschaftlicher Transformationsprozesse verbergen sich oft Gegensätze zwischen Stadt und Land, Reich und Arm, Flüchtlingen und Ansässigen, Säkularen und Religiösen, aus dem Exil (Tunesien) Heimgekehrten und in Palästina Gebliebenen. Hier werden Bruchlinien sichtbar, die in unterschiedlichster Form auch anderen Gesellschaften eigen sind, aber in der Konfliktsituation oft eine eigene Dynamik entfalten. Die gesellschaftlichen Interaktionen sind natürlich auch von der Gewalt der andauernden Besatzung geprägt, der fast täglichen Demütigung an *check points*, den willkürlichen Kontrollen, den Verhören bei der Beantragung von Reisegenehmigungen, den nächtlichen Razzien, den Inhaftierungen (mehr als die Hälfte aller palästinensischen Männer saß schon einmal in israelischen Gefängnissen). Das trägt bei zu dem uns so fremden Märtyrerkult, zur Heroisierung des bewaffneten Widerstands, zum sympathisierenden Verständnis für Selbstmordattentate, zum gnadenlosen Umgang mit Kollaborateuren und zur weitverbreiteten Ablehnung des Dialogs mit Israelis, die nur zu verstehen ist als Widerstand gegen eine „Normalisierung“ der desolaten Besatzungssituation, als Verweigerung des Sich-Abfindens mit der Okkupation. Und dennoch ist überall und immer wieder der verzweifelte Versuch erkennbar, trotz widriger Umstände, trotz Gewalt und Not, trotz Besatzung und internen Auseinandersetzungen, wenigstens das eigene Leben zu „normalisieren“ und die „Situation“ im Alltag erträglich zu gestalten – eine Bevölkerung im permanenten Ausnahmezustand.

VIII

Palästinensische Existenz ist heute in einzigartiger Weise vielfältig. Im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina allein können mindestens vier „Kategorien“ von Palästinensern unterschieden werden:

- Etwa 1,5 Millionen Palästinenser leben in Israel. Sie sind israelische Staatsbürger, stellen aber eine diskriminierte Minderheit im jüdischen Staat dar. Sie werden von den anderen Palästinensern die „48er“ genannt, weil sie (und ihre Nachfahren) im Krieg 1948 in Israel geblieben sind. Jüdische Israelis bezeichnen sie als israelische Araber oder arabische Israelis, auf jeden Fall nicht als Palästinenser.

- In der Westbank leben etwa 2,5 Millionen Palästinenser seit mehr als vierzig Jahren unter israelischer Besatzung mit einer beschränkten Autonomie. Nur noch eine Minderheit von ihnen kann sich an ein Leben ohne diese Besatzung erinnern. Etwa ein Drittel der Bevölkerung (etwa 800.000) sind registrierte Flüchtlinge, davon leben 200.000 noch in Flüchtlingslagern. Durch die Oslo-Abkommen wurde der Bevölkerung zwar eine begrenzte, heute von Fatah oder Fatah-nahen Kräften dominierte Selbstverwaltung unter dem Präsidenten Mahmud Abbas und dem Ministerpräsidenten Salam Fayad gewährt, doch dieses palästinensische Gebiet ist durch den Mauerbau und rigide Reisebeschränkungen weitgehend von Israel abgeschnitten und von ausländischer Hilfe abhängig.
- Im Gazastreifen beläuft sich die Zahl der Palästinenser auf etwa 1,5 Millionen. Mehr als zwei Drittel sind bei der UNRWA als Flüchtlinge registriert, die Hälfte von ihnen (etwa 500.000) wohnt in einem der acht Flüchtlingslager. Nach dem Rückzug des israelischen Militärs 2005 hat sich der Besatzungs- in einen Belagerungszustand verändert. Israel kontrolliert alle Zugänge zu diesem Territorium – nur ein Grenzübergang nach Ägypten ist sporadisch geöffnet und erlaubt einer begrenzten Zahl von Personen die Ein- und Ausreise – und hat jahrelang über den Gazastreifen eine Blockade verhängt, so dass die Infrastruktur weitgehend zusammenbrach und angesichts der humanitären Katastrophe bis zu drei Viertel der Bevölkerung von ausländischer Lebensmittelhilfe abhängig war. Seit 2007 ist der Gazastreifen faktisch von der Westbank abgeschnitten und steht unter der Kontrolle der islamistischen Hamas.
- Schließlich leben etwa 250.000 Palästinenser in dem von Israel annektierten Ostteil Jerusalems mit einem Rechtsstatus, der sich von dem der anderen Palästinenser in Israel, der Westbank und dem Gazastreifen unterscheidet. Die palästinensischen Jerusalemer sind im Allgemeinen keine israelischen Staatsbürger, obwohl sie es werden könnten.³³ Sie werden als „ständige Einwohner“ (*permanent residents*) behandelt und genießen weitgehend die Rechte israelischer Staatsbürger. Im Zuge des Mauerbaus wurde Ost-Jerusalem

³³ Mit der Ausdehnung der israelischen Jurisdiktion auf Ost-Jerusalem annektierte Israel das Territorium, aber nicht dessen Bewohner. Israel räumte den arabischen Einwohnern das Recht ein, die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Aus palästinensischer Sicht käme jedoch die Annahme der israelischen Staatsbürgerschaft einer Anerkennung der israelischen Besatzung und Annexion gleich, so dass diese Möglichkeit weitgehend boykottiert wird. Nur wenige Tausend arabische Einwohner Ost-Jerusalems haben deshalb von diesem Recht Gebrauch gemacht.

als kulturelles, politisches und wirtschaftliches Zentrum weitgehend von dem Westjordanland abgeschnitten.

Diese vier Segmente der palästinensischen Bevölkerung im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina umfassen jedoch nur einen Teil des palästinensischen Volkes. Die Fragmentierung des Volkes setzt sich auch außerhalb der Heimat fort:

- Geht man heute von etwa 10 Mio. Palästinensern in aller Welt aus – fast alle Zahlen beruhen auf Schätzungen und sind politisch heftig umstritten –, so lebt wahrscheinlich etwa die Hälfte aller Palästinenser außerhalb Israel/Palästinas.
- Knapp die Hälfte der Palästinenser (4,8 Mio.) in aller Welt sind als Flüchtlinge registriert. Die meisten von ihnen (knapp 3 Mio.) leben nicht in Israel/Palästina, sondern in den umliegenden arabischen Ländern wie Jordanien, Syrien, Libanon und Ägypten. Mehr als ein Viertel der registrierten Flüchtlinge in Jordanien, Syrien und dem Libanon wohnen seit mehr als sechzig Jahren in Flüchtlingslagern.
- Jordanien beherbergt mit fast 3 Mio. die größte Zahl exilierter Palästinenser, gefolgt von jeweils etwa 400.000 in Syrien und dem Libanon. Insgesamt leben fast 5 Mio. Palästinenser im arabischen Raum. Ihre statusrechtliche Situation ist sehr unterschiedlich: In Jordanien wurde ihnen die Staatsbürgerschaft verliehen, in den meisten arabischen Ländern gelten sie als staatenlos. Sie leben zum Teil in erbärmlichen Flüchtlingslagern oder als diskriminierte Minderheit, zum Teil wurde ihnen die Integration ermöglicht, einigen gelang der Aufstieg in die wirtschaftliche, kulturelle oder politische Elite der Gastländer.
- Hunderttausende von Palästinensern haben in den letzten Jahrzehnten auf der Suche nach beruflichen Perspektiven die palästinensischen Gebiete verlassen und fanden – zumindest zeitweise – Arbeit in anderen arabischen Staaten, vorwiegend den Golfstaaten. Mit ihren Einkommen unterstützten sie oft in erheblichem finanziellem Umfang ihre Familien in der palästinensischen Heimat. Viele dieser – nie offiziell registrierten – Arbeitsmigranten mussten allerdings auch wieder aufgrund politischer Umstände ihre Gastländer verlassen und heimkehren.
- Vielen Palästinensern wurde in Europa Asyl gewährt, Hunderttausende haben im Ausland studiert. Die meisten von ihnen kehrten als Akademiker z.B. aus Rumänien oder Großbritannien, aus den USA oder der Sowjetunion, der BRD oder der DDR zurück und brachten ihre sehr unterschiedlichen beruflichen und politischen Erfahrungen in die palästinensische Realität ein. Andere kehrten

aufgrund der politischen Situation und ökonomischer Perspektivlosigkeit nicht in die Heimat zurück. Sie blieben in ihren Gastländern, integrierten sich beruflich und privat, nahmen die jeweilige Staatsangehörigkeit an – und wollen dennoch nicht ihre palästinensische Identität aufgeben.

- Schon vor der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete 1967 gab es eine nicht unerhebliche Emigration. Vor allem Angehörige der kleinen christlichen Minderheit wanderten in die USA oder nach Südamerika aus und bilden dort Gemeinden, die an Mitgliederzahl auch schon einmal die Heimatdörfer in Palästina übertreffen. Gelang ihnen der soziale Aufstieg, so wird für den Lebensabend nicht selten in ein Haus in der palästinensischen Heimat investiert, um damit die Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen.

IX

Nur wer sich diese Vielfalt palästinensischer Existenz und sozialer wie politischer Transformationsprozesse vergegenwärtigt, wird viele der politischen Entwicklungen und innerpalästinensischen Auseinandersetzungen verstehen können. Denn natürlich generieren die unterschiedlichen Lebenssituationen auch unterschiedliche Interessen: Ein Flüchtling, der in einem libanesischen Lager sein Leben fristet, ein palästinensischer Facharzt, der in London eine Klinik leitet, ein Arbeiter in Jenin, der abends nicht weiß, ob er am nächsten Morgen wegen der israelischen Straßensperren seinen Arbeitsplatz erreicht, und ein arbeitsloser Kioskbesitzer in Khan Yunis, der im Gazastreifen auf die wöchentliche Lebensmittelration der UNRWA für seine Familie wartet – der Zusammenhang zwischen persönlichen und politischen Perspektiven ist sehr unterschiedlich. Dass sich nicht nur die geografische, sondern auch die soziale Fragmentierung in divergierenden politischen Orientierungen widerspiegelt, erscheint dann fast folgerichtig. Dies gilt auch gerade für die palästinensischen Gebiete: Für den Flüchtling im Lager in Rafah (Gazastreifen) oder Hebron (Westbank) hat das politisch so umstrittene Rückkehrrecht eine andere Relevanz als für den seit Generationen in Tulkarem oder Nablus lebenden Palästinenser. Der arbeitslose junge Palästinenser aus dem Flüchtlingslager bei Bethlehem wird über die Fortsetzung der Intifada und einen Generalstreik aus Protest gegen die Besatzung anders denken als der zur Mittelschicht gehörende Ladenbesitzer in Nablus, für den jeder Tag der Geschäftsschließung finanzielle Verluste mit sich bringt.

Jede politische Führung der Palästinenser bewegt sich also in einem äußerst komplexen politischen Umfeld. Angesichts unterschiedlicher Interessen und unterschiedlicher Überzeugungen hinsichtlich der Ziele und Strategien des politischen Kampfes ist das Ringen um Einheit ein wesentliches Element der politischen Auseinandersetzungen gewesen. Natürlich wollen die Palästinenser, die außerhalb Palästinas leben, bei der Entscheidung über das Rückkehrrecht und etwaige Entschädigungen der Flüchtlinge mitreden. Palästinenser, die seit Jahrzehnten unter der Besatzung und den täglichen Menschenrechtsverletzungen leiden, haben jedoch vielleicht ein primäres Interesse an der Beendigung dieser Situation. Auch geht es in dem Konflikt um Jerusalem um eine auch für nicht-palästinensische Muslime heilige Stadt. Die religiöse Bedeutung der heiligen Stätten ist gewachsen und macht die Berücksichtigung nicht nur islamischer Kräfte in Palästina, sondern auch außerhalb (vor allem Jordanien und Saudi-Arabien quasi als islamische „Schutzmächte“ der Heiligtümer) notwendig. Die fast völlige ökonomische und finanzielle Abhängigkeit der PA von ausländischer Hilfe fordert auch ihren politischen Preis. Der dem Hamas-Wahlsieg 2006 folgende, fast zweijährige finanzielle Boykott der palästinensischen Gebiete, der fast zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt hätte, hat deutlich gezeigt, dass ein gewisses politisches Wohlverhalten Voraussetzung für die ausländische Unterstützung ist.

Die politische Führung in Ramallah sieht sich also vielfältigen Mitbestimmungsansprüchen, Einflüssen und Zwängen ausgesetzt. Zwar fungiert die PLO als legitime Vertretung des gesamten palästinensischen Volkes und ist als solche auch völkerrechtlich der Vertragspartner Israels³⁴, doch die personelle Identität von PLO- und PA-Führung – der Präsident der PA, Mahmud Abbas, ist wie sein Vorgänger Yassir Arafat gleichzeitig Vorsitzender der PLO, die Mitglieder des palästinensischen Parlaments in den Autonomiegebieten sind *qua* Amt auch Mitglieder des Palästinensischen Nationalrats, des „Parlaments“ der PLO – macht die unterschiedlichen institutionellen Zuständigkeiten politisch weitgehend obsolet. Die seit Juni 2007 existente politische Spaltung in eine Fatah-dominierte PA in Ramallah und eine Hamas-geführte PA in Gaza hat nicht nur die politische Legitimation der PA, sondern auch die der PLO unterminiert, weil in ihr die islamistischen Kräfte nicht repräsentiert sind. Über Jahrzehnte zeichnete sich die PLO – im Vergleich zu anderen Befreiungsbewegungen – durch eine gewisse Pluralität aus, doch die

³⁴ Gemäß den Oslo-Verträgen leitet die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) ihre Legitimität als Selbstverwaltungsbehörde und Repräsentantin der Bevölkerung in den Gebieten nur von der PLO ab.

Integration islamistischer Gruppen und Bewegungen, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewannen, gelang nicht. Diesbezügliche politische Bemühungen von Fatah und Hamas um eine Reform der PLO blieben bislang ohne Erfolg. Es ist – vorsichtig ausgedrückt – eine große Herausforderung für jede politische Führung, angesichts der skizzierten Vielfalt palästinensischer Lebenswelten, politischer Interessen, interner Zwänge und Interdependenzen die in der Auseinandersetzung mit Israel notwendige Geschlossenheit und Durchsetzungsfähigkeit herzustellen. Optimisten halten es für eine Herkulesaufgabe, Pessimisten für eine Sisyphusarbeit.

X

Doch palästinensische Politik wird in vielfältiger Weise auch von externen Kräften beeinflusst und geprägt. Auch hier gilt es, die deutsche und „westliche“ Wahrnehmung zurechtzurücken. Welche Auswirkungen unsere Nahostpolitik auf die israelische Politik, die inner-israelischen Kräftekonstellationen und die deutsch-israelischen Beziehungen haben könnte, ist selbstverständlicher Teil jedes friedenspolitischen Diskurses über externe politische Interventionen. Stärken wir mit Kritik die friedensbereiten Kräfte oder die unversöhnlichen Hardliner? Verfestigen wir mit Sanktionen nur die israelische Wagenburgmentalität? Ist stille Diplomatie friedensfördernder als die öffentliche Auseinandersetzung?

Es erscheint bemerkenswert, dass die Folgen unseres politischen Handelns und unserer Positionierungen für die palästinensische Politik im Allgemeinen nicht thematisiert werden. Dabei ist offensichtlich, dass die Nahostpolitik der EU, der USA oder des Nahost-Quartetts natürlich auch einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der palästinensischen Bewegung und die politischen Verhältnisse in Palästina haben. Auch hier können wir verhandlungsbereite, demokratische und menschenrechtsorientierte Kräfte stärken oder schwächen. Leider ist festzustellen, dass oft das Gegenteil dessen bewirkt wird, was einem substanziellen Friedensprozess und einer demokratischen Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft dienlich wäre. Sicherung einer vermeintlichen Stabilität und Aufrechterhaltung der Fassade eines Verhandlungsprozesses, kurzfristiges Krisenmanagement und Rücksicht auf israelische Interessen genießen meist Priorität. So sind z.B. Reformforderungen an die Palästinenser von politischen Konjunkturen abhängig: Mal fordert das Nahost-Quartett die Entmachtung des palästinensischen Präsidenten Arafat durch Einführung eines

Ministerpräsidentenamtes, das 2003 Mahmud Abbas übernahm, dann soll der Ministerpräsident – es war Ismael Haniyeh von der Hamas, der 2006 durch das neugewählte palästinensische Parlament gewählt wurde – kaltgestellt werden durch Stärkung des Präsidenten Abbas. Mal wird Israel aufgefordert, den Siedlungsbau einzufrieren, um die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu ermöglichen, dann wird wegen der fortgesetzten Weigerung Israels von der palästinensischen Führung erwartet, von dieser Forderung Abstand zu nehmen. Wahlen werden nur unterstützt, wenn das gewünschte Wahlergebnis vorhersehbar erscheint. Palästinensischen Wählern wird schon im Wahlkampf mit finanziellen Sanktionen gedroht, sollten sie „falsch“ wählen. Unerwünschte Wahlergebnisse werden sanktioniert. Die politische Spaltung der palästinensischen Gebiete wird überall beklagt, doch jede nationale Versöhnung wird erheblich erschwert, weil wieder Boykotte angekündigt werden, wenn die Versöhnung nicht mit einer völligen Unterwerfung der Hamas verbunden ist. Gegenüber den Palästinensern wurde jahrelang auf einer Erfüllung der Bedingungen aus der *Road Map* bestanden, während man sich mit Forderungen gegenüber Israel vornehm zurückhielt. Diese Politik gegenüber der politischen Führung in Ramallah belegt nicht nur den Vorwurf politischer Doppelmoral und untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit europäischer und amerikanischer Politik im Nahen Osten, sondern schwächt auch die Position der verhandlungsbereiten und der demokratischen Kräfte in Palästina. Das lässt sich nicht allein mit finanziellen Zuwendungen kompensieren. Der Umfang der Finanzhilfen für die PA in Ramallah erweckt oft den Eindruck eines Surrogats für eine substanzielle Politik, die auf die Beendigung der Besatzung zielt. Geld als Trostpflaster für die mangelnde politische Unterstützung, zumal diese Mittel strukturell der Aufrechterhaltung des Besatzungszustands dienen, indem sie Israel weitgehend von seinen völkerrechtlichen, d.h. eben auch finanziellen Pflichten als Besatzungsmacht entlasten.

Ein weiteres Beispiel für die kontraproduktiven Wirkungen westlicher Nahostpolitik ist der Umgang mit der islamistischen Hamas. Mit dem politischen Boykott, den finanziellen Sanktionen und der Duldung der israelischen Blockadepolitik gegenüber dem Gazastreifen hoffte man, Hamas in die Knie zu zwingen. Statt Versuche zu unternehmen, die gemäßigten Kräfte innerhalb von Hamas zu stärken und in einen politischen Prozess einzubinden, wurden für Gespräche Vorbedingungen aufgestellt, die eigentlich erst Gegenstand von Verhandlungen sein können. Die Dilemmata einer

Strategie des Dialogs mit dem politischen Islam können nicht geleugnet werden, doch zu bedenken bleibt, dass die westliche Isolierungsstrategie gegenüber Hamas zu einer Stärkung der militanten Kräfte innerhalb der Organisation geführt und Solidarisierungseffekte ausgelöst hat, die die Region dem Frieden nicht näher brachten. Heute sitzt die von Hamas geführte „Regierung“ im Gazastreifen fester im Sattel denn je. Der Scherbenhaufen westlicher Nahostpolitik gründet nicht zuletzt auf der Unfähigkeit – oder dem Unwillen –, die Auswirkungen politischen Tuns – oder Unterlassens – auf die politische Landschaft in Palästina ins Kalkül zu ziehen.

Die EU unterstützt seit Beginn des Oslo-Prozesses mit erheblichen finanziellen Mitteln die PA und hat sich in unzähligen Erklärungen der Förderung einer Zwei-Staaten-Regelung verpflichtet. Auch die USA haben sich nun seit einigen Jahren zu diesen politischen Zielsetzungen bekannt. Die Kritik an israelischer Politik, die eine Realisierung dieser Zwei-Staaten-Regelung immer schwieriger macht, wird mal mehr, mal weniger deutlich geäußert. Doch den vielen Worten folgen keine Taten! Es kann deshalb nicht verwundern, dass eine palästinensische Führung, die sich für die strategische Option eines Verhandlungsfriedens und eines historischen Kompromisses entschieden hat, nach fast zwanzig Jahren ergebnislosen Verhandelns einen schweren Stand hat. Der Verhandlungskurs der palästinensischen Führung hat bislang kaum positive Ergebnisse gezeitigt. Das liegt nicht nur an palästinenischem Unvermögen oder israelischer Unversöhnlichkeit, sondern auch an internationaler Untätigkeit. Der sogenannte Friedensprozess, der die Tür zu einem gerechten und dauerhaften Frieden aufstoßen sollte und an den so viele Hoffnungen, gerade auch unter der palästinensischen Bevölkerung, geknüpft wurden, ist für viele Palästinenser inzwischen zu einem Synonym für die Aufrechterhaltung der israelischen Besatzung unter amerikanisch-europäischer Schirmherrschaft geworden.

Kein Wunder, dass in den palästinensischen Gebieten mit zunehmender Intensität über eine „Ein-Staat-Regelung“ debattiert wird: Aufgabe der Ambitionen für einen eigenen Staat, stattdessen Kampf um gleiche Bürger- und Menschenrechte in einem gemeinsamen demokratischen Staat. Der Kampf der Schwarzen in Südafrika gegen den weißen Apartheidstaat soll als Vorbild dienen. Und periodisch kehrt die Diskussion über eine freiwillige Auflösung der PA wieder. Warum die zweifelhafte Fassade einer Autonomie aufrechterhalten, wo doch die ohnehin sehr begrenzten Selbstverwaltungskompetenzen ständigen Interventionen der Besatzungsmacht

ausgesetzt sind, die finanzielle Abhängigkeit von ausländischer Hilfe existenziell ist und für eine eigenständige Entwicklung kaum Spielräume bestehen? Soll nicht die Besatzungsmacht wieder die volle politische und finanzielle Verantwortung für das Wohlergehen der besetzten Bevölkerung gemäß den völkerrechtlichen Normen übernehmen? Wozu Israel eine „Besatzung light“ ermöglichen? Vielleicht wird erst ein derartiger Zusammenbruch der politisch so bequemen Fassade des Oslo-Prozesses Israel zu einer Politikänderung zwingen? Diese Diskurse sind Ausdruck von Resignation und Verzweiflung, nicht zuletzt von Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung der entscheidenden externen Akteure auf der nahostpolitischen Bühne. Noch werden diese alternativen Optionen nur von kleinen Minderheiten vertreten, doch die andauernde Lähmung des politischen Prozesses könnte diesen Diskursen eine ungewollte Dynamik verleihen.

XI

Der Arabische Frühling hat in den palästinensischen Gebieten bislang keine demokratische Revolution ausgelöst. Dabei hätten auch die Palästinenser sowohl in der Westbank als auch im Gazastreifen durchaus Grund, für mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu demonstrieren.

Die wechselvolle demokratische Entwicklung ist immer wieder von Fortschritten und Rückschlägen gekennzeichnet. Zwar fanden 2005/2006 endlich demokratische Wahlen statt, die den Palästinensern ein doppeltes Paradoxon bescherten: Die erste arabische Demokratie begann sich unter der militärischen und völkerrechtswidrigen Besatzung durch die bislang einzige Demokratie in der Region – Israel – zu entfalten, indem der einzige Präsident und das einzige Parlament eines arabischen Landes, die sich einer demokratischen Legitimation rühmen können, in Palästina gewählt wurden. Obwohl allen arabischen Staaten staatliche Souveränität zuerkannt wird, fanden also ausgerechnet in dem arabischen Land, dem bislang das nationale Selbstbestimmungsrecht verwehrt wird, freie Wahlen statt. Und dennoch bleibt festzustellen, dass „Demokratie“ in Palästina nur so weit stattfindet wie es das israelische Besatzungsregime – und externe Akteure – zulassen. Gewiss, auch Yassir Arafat war keine demokratische Lichtgestalt. Wo es ihm zum eigenen Machterhalt notwendig erschien, hat er demokratische Bestrebungen behindert und sabotiert. Die palästinensische Führungsschicht hat bei der Demokratisierung der Gesellschaft und der politischen Entscheidungsprozesse nur in begrenztem Maß

Ehrgeiz entwickelt. Erst nach dem Tod Arafats setzte nicht zuletzt durch das Engagement einer vielfältigen Zivilgesellschaft eine Demokratisierung ein.

Doch vor allem nach dem Wahlsieg der Hamas hat der demokratische Aufbruch herbe Rückschläge hinnehmen müssen. Die politische Spaltung Palästinas, die israelische Okkupationspolitik und ausländische Einflussnahme haben die Entwicklung gestoppt. Das palästinensische Parlament ist funktionsunfähig (abgesehen davon, dass seine Amtszeit inzwischen abgelaufen ist), weil etwa ein Drittel der Abgeordneten in israelischen Gefängnissen sitzt. Sowohl der „Regierung“ des Ministerpräsidenten Fayad in Ramallah als auch des ehemaligen Ministerpräsidenten Haniyeh im Gazastreifen fehlt die verfassungsrechtliche Legitimation und demokratische Kontrolle. Es wird nur mit Dekreten „regiert“. Auch die Amtszeit des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas ist längst abgelaufen. Wahlen sind jedoch nicht in Sicht. Noch bedenklicher sind aber die bürger- und menschenrechtlichen Defizite, die sich seit der gewaltsamen Machtübernahme durch die Hamas im Gazastreifen entwickelt haben. Politische Gegner werden verhaftet, unliebsame Organisationen verboten, kritische Journalisten eingeschüchert und Demonstrationen gewaltsam auseinandergetrieben. Repressionsmaßnahmen sind nicht nur im Gazastreifen zu beobachten, wo dieser Prozess auch noch von einer schleichenden Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens verstärkt wird, sondern ebenso, wenn auch in geringerem Maße, in der Westbank.

Der Regierung Fayad ist es in den letzten Jahren gelungen, im Rahmen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik die durch die Intifada und finanzielle Sanktionen verschärfte soziale und wirtschaftliche Krise zu überwinden und für eine gewisse Stabilität zu sorgen. Doch die PA und die palästinensische Wirtschaft hängen wie nie zuvor am ausländischen Tropf, die soziale Polarisierung nimmt sprunghaft zu. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sieht anders aus. Auch im sicherheitspolitischen Bereich gelang es, die anarchischen Verhältnisse zu beenden und Sicherheit und Ordnung weitgehend wiederherzustellen – allerdings häufig auf Kosten der oppositionellen Kräfte und der Bürgerrechte. Die EU und die USA unterstützen massiv den Aufbau vorstaatlicher Strukturen, indem sie die wirtschaftliche Entwicklung sowie Sicherheit und Ordnung in einem wenig transparenten Prozess fördern. Die Verfestigung autoritärer Verhältnisse und die Verletzung von Bürger- und Menschenrechten werden hingenommen. Das erhöht nicht gerade die

Glaubwürdigkeit westlicher Staaten, die sich immerhin auch die Förderung gesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse in Palästina auf die Fahnen geschrieben haben.³⁵ Die schon in den Jahren nach Oslo betriebene Entkoppelung des Friedens- und Demokratisierungsprozesses um einer vermeintlichen politischen Stabilität willen hat nun wahrlich keine vorzeigbaren Erfolge gezeitigt.

Die „Regierungen“ in Ramallah und Gaza haben oppositionelle Demonstrationen, die durch die Ereignisse in anderen arabischen Ländern inspiriert wurden, weitgehend – zum Teil gewaltsam – unterbunden. Lediglich dem Ruf großer Demonstrationen vor allem Jugendlicher nach nationaler Versöhnung am 15. März 2011 konnten sie sich nicht entziehen. Es mag dahinstehen, ob es vor allem diese populäre Forderung und die Angst vor weiteren Demonstrationen oder die Umbrüche und Veränderungsprozesse in der arabischen Welt waren, die Hamas und Fatah nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen schließlich Ende April 2011 zur Unterzeichnung eines Versöhnungsabkommens veranlassten.³⁶ Bislang steht die Einigung jedoch nur auf dem Papier. Zur avisierten gemeinsamen Regierung und der Vorbereitung von Wahlen kam es noch nicht, da die tiefgreifenden politischen Differenzen nicht überwunden werden konnten.

Ob der Arabische Frühling in absehbarer Zeit zur baldigen Wiederbelebung eines Demokratisierungsprozesses in Palästina beitragen wird, muss bezweifelt werden. Zum einen überlagert die Diskussion über die staatliche Anerkennung Palästinas in den Vereinten Nationen viele politische Debatten. Zum anderen wird sich manch Palästinenser fragen, ob es nicht vielleicht viel mehr Gründe gibt, gegen die israelische Besatzung zu demonstrieren oder gegen die Blockade des Gazastreifens oder gegen die Politik der USA. Schließlich genießen die palästinensischen Gebiete, trotz aller Kritik an autoritären Tendenzen und islamistischer Einflussnahme, an politischen Repressionen und Rechtsverletzungen, eine gewisse politische Pluralität. Doch der Arabische Frühling und die Demokratiebestrebungen in der arabischen Welt werfen eine Reihe von grundsätzlichen Fragen für Palästina auf. Wo liegen die

³⁵ Um die Komplexität der Situation zu verdeutlichen, sei darauf hingewiesen, dass sich eine westliche Regierung, die Menschenrechtsverletzungen der PA rügt und an ihre Kritik möglicherweise Konsequenzen knüpft, auch der Frage stellen muss, warum sie israelische Menschenrechtsverletzungen wie gezielte außergerichtliche Hinrichtungen von vermeintlichen Terroristen, willkürliche Inhaftierungen ohne ordentliche gerichtliche Verfahren oder die widerrechtliche Enteignung palästinensischen Landes taten- und sanktionslos hinnimmt.

³⁶ Vgl. dazu Muriel Asseburg, *Der Arabische Frühling. Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, SWP-Studie 17, Juli 2011, S. 23; abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S17_ass_ks.pdf; Mouin Rabbani, *The Fatah-Hamas Accords*, in: *The Nation* vom 12. Mai 2011, abrufbar unter: <http://www.thenation.com/article/160635/fatah-hamas-accord>

Grenzen einer demokratischen Entwicklung unter der Besatzung? Kann es eine Demokratie ohne staatliche Souveränität geben? Was soll im politischen Kampf Priorität genießen: nationale Befreiung oder demokratischer Aufbau? Welche innergesellschaftlichen Demokratisierungsperspektiven bestehen in einer Gesellschaft, in der sich die meisten politischen Gruppierungen unter der fortgesetzten Besatzung als Befreiungsbewegungen oder Widerstandsgruppen verstehen und nicht als politische Parteien? Wie weit können und sollen in einer politisch und geografisch so fragmentierten Bevölkerung alle Betroffenen in eine demokratische Entscheidungsfindung einbezogen werden? Welche Chancen hat zivile, friedliche, demokratische Kompromissfindung in einer durch jahrzehntelange Besatzungsgewalt deformierten Gesellschaft? Können oder sollen islamistische Kräfte in den politischen Prozess eingebunden werden? Ist die Demokratisierung Voraussetzung für eine friedliche Konfliktregelung, oder ermöglicht erst die Beendigung des Konflikts die Entwicklung demokratischer Verhältnisse?

Auch die Folgen der „Arabellion“ für die Perspektiven einer israelisch-palästinensischen Konfliktregelung sind noch ungewiss. Veränderungen in der nahostpolitischen Ausrichtung einiger arabischer Staaten deuten sich an, doch kennzeichnend ist bislang eher eine neue Unübersichtlichkeit. Zum einen sind die demokratischen Transformationsprozesse noch keineswegs abgeschlossen – und ihr Ausgang zumeist auch noch ungewiss. Zum anderen spielt offensichtlich die Haltung arabischer Regime gegenüber Israel/Palästina in den Protesten keine wesentliche Rolle. Dies scheint Israel, die USA und die EU in der Überzeugung zu bestärken, dass der geeignete Zeitpunkt für eine friedliche Konfliktregelung immer noch nicht gekommen ist.